



Ökologie von rechts

Dieselfläre, regenerative Energien, Insektensterben, Klimawandel – die Relevanz ökologischer Themen in der politischen Debatte ist spätestens seit Fridays for Future und den jüngsten Wahlerfolgen der Grünen nicht mehr zu übersehen. Während ökologische Positionen heute meist als progressiv gewertet werden, fordern zunehmend auch rechte AkteurInnen, das Themenfeld erneut zu besetzen. Welche Relevanz spielt Ökologie derzeit in rechten Periodika und was sind die zentralen Aussagen?

Entlang welcher Thematiken wird über ökologische Fragen geschrieben? Findet eine Verknüpfung mit anderen zentralen Ideologemen der extremen Rechten statt? Gibt es ein rechtes politisches Konzept von Ökologie, einen eigenen Begriff? Und welche Handlungsoptionen werden aufgemacht? Diese und weitere Fragen leiteten uns durch unsere Lektüre der jüngsten Ausgaben ganz unterschiedlicher rechter Zeitschriften.¹ Für die vorliegende vierte Ausgabe der *magazine* haben wir uns dem Thema erneut auf induktive Weise angenähert und von den einzelnen Artikeln ausgehend auf spektrenübergreifende Tendenzen geschlossen. Entsprechend konzentrieren wir uns im Folgenden auf die Themen, die wir in den Periodika vorgefunden haben.² Einzelne durchaus relevante Aspekte wie etwa Tierschutz oder völkischen Ökolandbau haben wir aufgrund der begrenzten Zeichenzahl, oder weil sie in den Periodika keine Rolle spielten, bewusst außen vor gelassen. Mit wenigen Ausnahmen orientieren sich die analysierten Artikel an allgemeinpolitischen Debatten und Ereignissen wie dem Dieselskandal, der Energiewende oder sozialen Bewegungen wie Fridays for Future. Insbesondere in

den neurechten Periodika sind darüber hinaus jedoch auch »metapolitische« Überlegungen, wie es das Milieu wohl selbst ausdrücken würde, zu finden. Die vorliegende Ausgabe gliedert sich in mehrere Kapitel, die die vorgefundenen Schwerpunktsetzungen in den *magazinen* widerspiegeln: Ökologie als Politikfeld, die Verschränkung von Ökologie und Wirtschaft (Automobilindustrie und Energiepolitik), der Klimawandel und die Rezeption von sozialen Bewegungen. Das Thema Ökologie war lange Zeit, Ende des 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, für rechtskonservative und völkische Milieus zentral. Diese rechten Traditionslinien sind heute jedoch marginal, und so bedauern einige AutorInnen, die Hegemonie zu der Thematik an AkteurInnen wie die Grünen verloren zu haben. Alle Periodika, soviel sei am Anfang gesagt, arbeiten sich an den Grünen ab, die beim Thema Ökologie als zentrale politische Gegnerin ausgemacht werden. Dies dürfte sich angesichts der jüngsten Erfolge der Partei bei der Wahl zum Europaparlament sicherlich noch weiter verschärfen. Insofern ist wohl auch die Annahme nicht zu gewagt, dass das Thema Ökologie in der rechten Publizistik noch weiter an Relevanz gewinnen wird.

»Ökologie ist rechts« - Ökologie als Politikfeld

Mit den politisch viel diskutierten Fragen rund um Energiepolitik, Klimawandel und Naturschutz ist es in der **Sezession** ähnlich wie bei anderen Themen auch: Sie tauchen auf, prägen das Heft allerdings in keinsten Weise. 2013 erschien unter dem Titel »Heimatboden« eine Schwerpunktausgabe zur Ökologie, darin Texte zu den Grünen, der Nachhaltigkeit oder der Frage, »Wie grün waren die Nationalsozialisten?« Die Grünen werden weniger für ihr ökologisches Programm kritisiert, sondern für ihr »ideologisches«. Der einleitende Text »Ökologie ist rechts« von Norbert Borrmann nimmt eine historische Perspektive auf die ökologische Bewegung ein und konstatiert mit Verweis auf frühe Naturschützer wie Ernst Rudorff, der Ende des 19. Jahrhunderts den Begriff »Heimatschutz« prägte oder später Herbert Gruhl, dass die Umweltbewegung rechte und nicht linke Wurzeln habe, ein Verweis, den auch AutorInnen anderer Magazine bemühen. Die Anliegen der Grünen seien nicht ökologisch, sondern stünden dem entgegen: »Egalitarismus, Feminismus, Homoehe, Quotendiktatur, Zersetzung organisch gewachsener Familienstrukturen, Nationalmasochismus, Vergangenheitsbewältigung, Masseneinwanderung, Multikulturelle Gesellschaft. So halten Trittbrettfahrer mit einem naturwidrigen Menschenbild das Thema Ökologie besetzt.« (56/2013)

Mit dem Feindbild Grüne steht die Sezession nicht allein. Nahezu alle untersuchten Magazine arbeiten sich mangels eigener ökologischer Programmatik an den Grünen ab. In der neonazistischen Zeitschrift **Volk in Bewegung** (ViB) wurde das Thema Ökologie in den letzten zwei Jahren in fünf Ausgaben und insgesamt neun Artikeln behandelt. In einer der jüngsten Ausgaben fordert etwa Angelika Willig, das Thema Umweltschutz (in der ViB mitunter auch »Mitweltschutz«) den Grünen zu entreißen, um bei Wahlen Stimmen zu erhalten (AfD) und generell die Reputation der Rechten in der Bevölkerung zu verbessern. (1/2019) Da sowohl die »Gender-Lehre« als auch Homosexualität gegen die Naturgesetze verstoßen würden, seien die Grünen offensichtlich keine Naturschutzpartei, sondern eine »Mogelpackung«. Auch die »Erhaltung der deutschen Art« gilt der Autorin als Naturschutz. Umweltschutz ist auf diese Weise potenziell anschlussfähig an rechte Kernthemen wie völkischer Nationalismus, Migration, Antisemitismus oder Geschlechterpolitik, das verdeutlichen etliche Artikel nicht nur in der ViB. Ökologie gilt vielen AutorInnen entweder als strategisches Mittel, um ein neues Wähler*innenklientel zu erschließen, ohne dabei auf rechte Stammthemen verzichten zu müssen, oder dient dazu, sich am gegnerischen politischen Spektrum abzuarbeiten. Ein eigenes Konzept von Ökologie lassen die meisten AutorInnen dabei jedoch vermissen.

Dies gilt auch für die sich als nationalkonservativ verstehende Wochenzeitung **Junge Freiheit** (JF). Die diffuse Verknüpfung eines konservativen Heimat- mit einem romantischen Naturbegriff

dient vielfach einer Abgrenzung zu anderen politischen Spektren, insbesondere den Grünen. Mit der festen Rubrik »Natur & Technik« wird ökologischen Themen ein regelmäßiger, wenn auch nachrangiger Platz eingeräumt. Hier finden sich etwa Artikel zum Artensterben oder der angeblichen Gefahr für eine endemische Natur durch »invasive Arten« und Epidemien als Folge von mangelndem Arten- oder Naturschutz (»Sorge um Lurchi. Ein eingeschleppter asiatischer Hautpilz bedroht den europäischen Feuersalamander«, 22/2017). Eine Parallelisierung von Naturschutz und ethnopluralistischen Kulturkonzepten, in denen »Völker« ähnlich wie Tierarten in ihrem angestammten Lebensraum schützenswert sind, jedoch zur Gefahr werden, wenn sie ihren Lebensraum verlassen schwingt mit und wird punktuell auch explizit. Gleichsam strategisch wie in der ViB möchte der AfD-Politiker Volker Kempf seiner Partei den Natur- bzw. Tierschutz näher bringen, um damit Wählerinnen zu erreichen, denn ödp und Tierschutzpartei hätten im Gegensatz zur AfD mehr weibliche als männliche Mitglieder. Gleichzeitig lehnt er eine geschlechtergerechte Sprache als die »heilige Kuh [...] der Sprachpanser« ab, die es zu schlachten gelte, denn »ganzheitlich wäre es, die gewachsene Sprache und das gewachsene Gemüse zu achten.« (34/2018) Kempf ist Vorsitzender der politisch irrelevanten Herbert-Gruhl-Gesellschaft. Herbert Gruhl war Mitbegründer der Grünen, trennte sich jedoch 1981 von ihnen als sich abzeichnete, dass sich die rechten Strömungen in der Partei, die wie Gruhl vor den vermeintlich ökologischen Folgen der europäischen Einwanderungspolitik warnten und Themen wie Geschlechterpolitik als nebensächlich abqualifizierten, nicht würden durchsetzen können. Diese rechten Traditionslinien der Ökologiebewegung im Allgemeinen und von Teilen der frühen Grünen im Besonderen sind in den Periodika, jenseits von einzelnen Beteuerungen, das Feld thematisch (erneut) besetzen zu wollen, konzeptionell allerdings kaum wahrnehmbar.

Die **Zuerst!** misst dem Thema Ökologie nur wenig Relevanz bei. Es ist weder eine eigenständige ökologische Agenda, noch eine aussagekräftige Positionierung erkennbar. »Umwelt« ist demnach auch kein festes Ressort – nur selten wird dem Thema eine eigene Kategorie eingeräumt.

„ Die diffuse Verknüpfung eines konservativen Heimat- mit einem romantischen Naturbegriff dient vielfach einer Abgrenzung zu anderen politischen Spektren, insbesondere den Grünen. “

Wenn, dann wird das Feld von den üblichen Vielschreibern – tatsächlich ausschließlich von Männern – beackert. Neben gesellschaftlich viel debattierten Themen wie etwa dem Bienen-Sterben (8/9 2018) werden auch randständige Aspekte behandelt, etwa der Rückgang der Sanddorn-Strauchbestände an der Ostseeküste. (11/2018) Gerade der Artikel zum Bienensterben überrascht ob seiner kritischen Positionen. Der Einsatz von Pestiziden wird klar als Ursache für das Sterben von Wildbienen sowie anderer Insekten benannt. Beinahe schon konträr im Vergleich zu rechten Positionen zur deutschen Automobilindustrie, deren Abgasmanipulation meist völlig kritiklos hingenommen wird, greift der Autor Tom Stahrguntha die finanzstärksten Vertreter der Chemieindustrie wie Bayer und BASF direkt an: »Ob die Biene und

mit ihr die Insektenwelt überlebt, hängt vor allem von den Aggro-Riesen wie Bayer oder BASF ab.«

Diese Diskrepanz - Hofierung der Autoindustrie bei gleichzeitig scharfer Kritik an pestizidbelasteter Landwirtschaft und davon profitierenden Unternehmen - findet sich auch bei der NPD-Parteizeitung **Deutsche Stimme** (DS). Dort schrieb Bundesvorstandsmitglied Sascha A. Roßmüller über das Bienensterben durch Pestizide und orientierte sich dabei an breit rezipierten Studien. (2/2018) Über die Hintergründe kann nur spekuliert werden. Ein Aspekt ist sicherlich, dass das Auto als genuin deutsches Identitätssymbol gilt. Trotz aller Aktualität sind ökologische Themen in der monatlichen NPD-Parteizeitung jedoch nur äußerst sporadisch nachzulesen. Dies bemängelt die Mitbegründerin der rechten Öko-Zeitschrift Umwelt und Aktiv, Laura Horn (Pseudonym von Berthild Haese), im Interview mit der DS. Die NPD habe »noch nicht wirklich verstanden, daß es jenseits der Thematik Völkerwanderung noch Themenfelder geben muß, wenn man einen ernsthaften Anspruch auf Wählbarkeit hat. Und damit meine ich nicht die entsprechenden Zeilen in Parteiprogrammen, die ohne Zweifel da sind. Wir sprechen hier über konkretes Verhalten und die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit.« (9/2019) Die wenigen Artikel in der DS zum Themenfeld dienen meist dazu, (linke) Umweltaktivist*innen oder die Grünen zu diffamieren oder vermeintliche Angriffe auf die deutsche Wirtschaft durch ausländische Interessen zu monieren. Ein Rückgriff auf rechte ökologische Vorreiter wie z.B. Baldur Springmann und damit verbundene eigene Umweltschutz-Konzepte sind auch hier nicht zu finden. Insgesamt kommt die DS nur in den seltensten Fällen über die NPD-Parole »Umweltschutz ist Heimatschutz« hinaus, die auch von Bundesvorstandsmitglied Ronny Zasowk auf der Homepage der NPD vertreten wird, wenn er die Erhaltung der Natur als »Herzensanliegen von uns Nationalisten« betont, und daher vorschlägt, dass »die heimischen Wälder von Müll befreit werden«.

»Beheimatung« und »Seelenlandschaft«

Ein sehr eigener Artikel zum Thema Ökologie findet sich in **Recherche D** von Felix Menzel.³ Der Selbstanspruch der »Denkfabrik für Wirtschaftskultur« ist dabei, »ökologischer als die Grünen [zu] sein, sozialer als die SPD, konservativer als die CDU, freier als die FDP und alternativer als die AfD.« Nachdem in der ersten Ausgabe bereits über die Vermeidung von Plastikabfall geschrieben wurde, greift Reinhard Falter in der dritten Ausgabe das von Menzel formulierte Motto unter dem Titel »Ökologischer als die Grünen – Was wäre das?« wieder auf. Der »Naturphilosoph« Falter war längere Zeit selbst an Auseinandersetzungen um den Erhalt von Wildflusslandschaften in Bayern beteiligt und stützt seine Positionen auch auf diese Erfahrungen, bei denen sich Energieunternehmen mit ihren Interessen über rechtliche und politische Grenzen hinweggesetzt hätten.⁴ Gleich im ersten Absatz zweifelt Falter den menschlichen Anteil am Klimawandel an, im Kern geht es ihm jedoch um etwas anderes, nämlich die Frage, »die Herrschaft welchen Menschentyps kann überhaupt naturverträglich sein?« Die Orientierung an der Natur, so Falter, müsse Vorrang besitzen vor den Interessen der Menschen. Aktuellen

Das rechte Ökomagazin Umwelt & Aktiv

Die seit 2007 vierteljährlich erscheinende Zeitschrift Umwelt & Aktiv⁵ (UA) widmet sich voll und ganz der Verknüpfung von Ökologie und rechter Weltanschauung. Klassische Themen der extremen Rechten werden aus vermeintlich ökologischer Perspektive betrachtet, etwa wenn unter dem Titel »Wie die Migration das Land auffrißt« eine Überbevölkerung Deutschlands konstatiert wird, die die »ökologische Tragfähigkeit« überschreite. Die UA wird von Christoph Hofer, einst Kandidat für die NPD in Bayern, bzw. dem Verein Midgard e.V. mit Sitz im bayerischen Traunstein herausgegeben. Unter den ständigen Rubriken »Familie, Haus und Garten«, »Naturschutz«, »Tierschutz« sowie »Heimatschutz« thematisieren Artikel die »schleichende Islamisierung im Tierschutz«, untersuchen das Verhältnis der Deutschen zum Wald, monieren Plastikmüll und »Verpackungswahn« oder klären über die Bedeutung des »Julleuchters« auf. Die letzten Ausgaben widmeten sich den Schwerpunktthemen Dieselaffäre (»Warum die Dieselaffäre in Wirklichkeit eine politische und journalistische Affäre ist«), Ozean (»Müllkippe – Rohstoffquelle – Lebensraum«) oder dem »Märchen von der Nachhaltigkeit«. Aufgrund der Vielzahl thematisch relevanter Artikel kann eine Auswertung der UA an dieser Stelle nicht geleistet werden. Nur so viel: Der menschengemachte Klimawandel wird als »Klimareligion« abgetan, der Treibhauseffekt gelegnet, regenerative Energien werden abgelehnt.⁶ Fest steht, dass die Zeitschrift trotz ihrer Fokussierung auf Ökologie nicht als Stichwortgeberin innerhalb der extremen Rechten fungiert: In Artikeln anderer Magazine tauchen Verweise auf die UA schlicht nicht auf.

Umweltschutzdiskursen setzt Falter eine andere Prämisse entgegen: den Landschaftsschutz und das »sich Beheimaten in einer bestimmten Natur«. Diese »Beheimatung« prägte die »Seelenlandschaft« des Menschen, wie Falter an anderer Stelle schreibt. Falters Naturbegriff ist zutiefst biologistisch, etwa wenn er die Zweigeschlechtlichkeit als Naturtatsache benennt oder mit Rückgriff auf Hans Blüher von zwei Menschenarten ausgeht, den »Vollmensch« und den »Menschengesichtigen oder Attrappe[n]«. Darauf aufbauend greift Falter offen die Menschenrechte an: »Aber die in Verfassungsrang erhobene Behauptung, daß alle Menschen gleich und frei geboren seien, ist als Tatsache genommen ein Irrtum, und als Wert schädlich, weil die Gleichmacherei die höher veranlagten Menschen im Niveau drückt, die niedrigen aber nicht wirklich hebt. Wer nicht Verfassungsfeind ist, ist kein Naturfreund.« Kritik am ungebremsten wirtschaftlichen Wachstum, technischen Fortschritt oder an erneuerbaren Energien, die sich nur durch landschaftliche Eingriffe etablieren lassen (Windkraftwerke, Wasserkraftwerke etc.) verbindet Falter mit einem biologistischen, elitären und esoterischen Weltbild. Diese Zielrichtung ist für das rechte Milieu offenbar attraktiv. So schrieb Falter auch mehrfach für die Junge Freiheit und referierte beim Institut für Staatspolitik.



Des Deutschen Auto

Hinsichtlich der Verschränkung von Wirtschaft und Ökologie stehen in vielen Periodika vor allem die Themen Energiepolitik und Autoindustrie ins Auge. Diese und andere Aspekte werden für die These einer mangelnden wirtschaftlichen Souveränität Deutschlands herangezogen. Deutschlands wirtschaftliche Interessen, so der Tenor, seien gefährdet, entweder durch grüne (Energie-)Politik, die EU oder die USA. Mitunter scharfzünftig wird von einer »Deindustrialisierung« Deutschlands (JF, Zuerst!) oder gar von einem »Morgenthauplan« (Compact, ViB) fantasiert. Spektrenübergreifend werden regenerative Energien abgelehnt, wobei neben einer wirtschaftlichen Souveränität mitunter auch Aspekte wie landschaftliche Veränderungen etwa durch Windräder (»Verspargelung von Landschaften«) eine argumentative Rolle spielen. Gerade hier ist eine Anschlussfähigkeit an nicht-rechte Kritik an energiepolitischen Maßnahmen gegeben.

In der **Jungen Freiheit** skizziert Michael Paulwitz den »Öko-Wahn« in Deutschland (49/2018). Einleitend schreibt der ständige Korrespondent der JF: »Wenn die Stichworte »Bio«, »Öko« oder »Klimaschutz« fallen, wird die ökonomische Vernunft in Deutschland außer Kraft gesetzt. Umweltschutz und Ressourcenschonung liefern den fadenscheinigen Vorwand für staatliche und supranationale Akteure, sich als Generalplaner einzumischen, um Handel und Gewerbe zu gängeln und die Freiheit der Bürger einzuschränken, über ihr Privateigentum zu verfügen und selbst für sie Entscheidungen zu treffen.« Es folgt ein Überblick über jene Maßnahmen, die »nicht zuletzt Deutschlands Leistungs- und Zukunftsfähigkeit untergraben«, vom Atomausstieg über Glühbirnenverbot bis hin zu Fahrverboten. In den kurzen Statements wird deutlich, dass es der JF vor allem darum geht, unter dem Primat einer nationalen ökonomischen Souveränität jegliche Maßnahme durchführen zu dürfen, ohne sich um eine globalpolitische oder nachhaltige Verantwortung - bei Paulwitz »Klimahysterie und Industrie-feindlichkeit« - scheren zu müssen. Wer auch immer solche einfordert, wird von ihm als »Planwirtschafts-Bürokraten«, »Öko-Elite« oder »ökosozialistische Nomenklatura« bezeichnet. Der frisch gebackene Europaparlamentarier der AfD Nicolaus Fest geht mit seinem Linken- und Grünen-Bashing so weit, Gesundheits- und Umweltschutz in Bezug auf das Dieselfahrverbot als »vorgeschoben« zu bezeichnen. (11/2018) Es gehe darum, »das Auto kaputtzureden«, »Erziehungspolitik« zu betreiben und »gegen die wichtigste deutsche Industrie« vorzugehen. Regelmäßiger Kommentator auf der JF-Wirtschaftsseite ist Dirk Spaniel, verkehrspolitischer Sprecher der AfD im Bundestag und bis 2017 zwanzig Jahre lang bei Daimler in Sindelfingen als Entwicklungsingenieur angestellt. Alle Maßnahmen aus Brüssel sind ihm Angriffe von »Wirtschaftsfeinden« auf Deutschland, die EU betreibe de facto die Deindustrialisierung des Landes.

Ähnliche Akzente setzen auch **Compact** (»Auto-Aus für Deutschland?« (01/2017), »Rettet unsere Autobauer!« (9/2017) oder besonders drastisch »Skalpjagd auf deutsche Auto-Manager« (09/2018)) sowie die **Deutsche Stimme**. Die »politisch-mediale Klasse« falle, so der bayerische NPD-Funktionär Axel Michaelis, »angefeuert von der Meute der Klimahysteriker (...) der wichtigs-

ten deutschen Wirtschaftsbranche in den Rücken und punziert sie als Betrüger, Menschenvergifter und Kriminelle«. (5/2019) Jede Kritik an Diesel als »wahrscheinlich eine der genialsten Erfindungen der Geschichte« verbietet sich der Autor. Auch wenn sicher Einzelne in der NPD/JN alternative Wirtschaftsformen wie regionale Wirtschaftskreisläufe favorisieren sind entsprechende Artikel in der Deutsche Stimme nicht auszumachen.

Auch in **Zuerst!** ist die »Diesel-Affäre« ein beliebtes Thema. Die Mär vom sauberen Diesel, der vollkommen zu unrecht als umweltschädlich in die Kritik geraten sei, wird hier systematisch aufrecht erhalten. Mitunter wird das Thema auch mit energiepolitischen Fragen verknüpft, etwa mit der These, dass der erhöhte Strombedarf durch die Verbreitung von Elektroautos durch regenerative Energien nicht zu decken sei. (1/2017) Bezogen auf die Elektromobilität überrascht die Zuerst! bisweilen mit ökologischen Argumentationen, die aber bei genauerer Betrachtung im Wider-



Ein romantischer Naturbegriff, in dem der Mensch als Teil eines »ganzheitlichen Ansatzes« gedacht wird, der sich der Natur und vermeintlich naturgegebenen Tatsachen unterzuordnen. Entsprechende Ansätze...

spruch zu ihren sonstigen Positionen stehen. Die Produktionsverhältnisse vor allem der Batterien für die Elektroautos werden dabei nicht nur umweltpolitisch, sondern auch im Hinblick auf weltwirtschaftliche Zusammenhänge diskutiert. Es stelle sich die Frage, »woher die dafür notwendigen Rohstoffe wie Lithium oder Nickel kommen sollen. Die wichtigsten Schürfrechte in Afrika hat sich bereits China gesichert, worauf uns das Magazin Cicero hinwies. Auch wenn die Batterietechnik in den letzten Jahren Fortschritte gemacht hat und weiter Fortschritte machen wird, bleibt sie auf absehbare Zeit die Achillesferse der E-Autos, und zwar sowohl im Hinblick auf den Preis als auch mit Blick auf die Lebensdauer der Batterien. Verbrauchte Akkus sind im übrigen Sondermüll, der bis auf weiteres die Umwelt belastet.« (10/2017) In der Tat spielt in der aktuellen Debatte die alles andere als ressourcenschonende Herstellung von Batterien kaum eine Rolle. So geht, nur ein Bei-

spiel, der großflächige Lithiumabbau aufgrund seines immensen Wasserverbrauches zu Lasten von Landwirt*innen in den Abbauregionen, denen das Wasser buchstäblich abgegraben wird.⁷ Entsprechende Überlegungen können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch der Zuerst! weniger um lokale Ökosysteme geht, sondern im wesentlichen um den Erhalt der Atom- und Kohleindustrie. Ökologische Themen werden nahezu ausschließlich unter marktradikalen Gesichtspunkten verhandelt.

Energiepolitik als Klassenkampf

Ökologische Themen spielen vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Belange bzw. der Frage, welche Rolle das eigene Milieu darin spielt, mitunter auch in der **Sezession** eine Rolle. Jonas Schick, im Heft lediglich als »freier Publizist und Lektor« vorgestellt, zudem aber auch für die Identitären in Niedersachsen aktiv, plädierte



annzeichnet implizit viele rechte Öko-Ansätze. Der Mensch, so heißt es etwa bei Reinhard Falter, verbindet Antimodernismus und Umweltschutz mit antiegalitären Ideen. Foto: Vera Henßler

jüngst dafür, das Thema Ökologie ausgehend von einer energetischen Perspektive von rechts zu besetzen. (89/2019) Fossile Energien, so Schick, seien für die Erfolgsgeschichte des »realen Liberalismus« als »Amalgam aus marktwirtschaftlichem Kapitalismus und parlamentarischer Demokratie« grundlegend gewesen: Der zunehmende Energieverbrauch habe bei gleichzeitig sinkender Arbeitskraft in diesem Sektor wesentlich zum Wohlstand und damit zum Erfolg der liberalen Gesellschaft beigetragen. Ein aus rechter Sicht nachteiliger Effekt: Industrialisierung, Wohlstand und Mobilität hätten das Individuum »seiner angestammten Bindung an Boden und (familiärer) Gemeinschaft« entzogen. Im 20. Jahrhundert sei diese »Atomisierung« durch den Sozialstaat zunächst noch abgefedert worden. Allerdings, so der Autor, sehe sich die liberal-kapitalistische Gesellschaft zunehmend mit der Problematik schwindender Ressourcen konfrontiert, die bisher den Wohlstand abgesichert

hätten. Mit der Energiewende werde versucht, Fortschritt und Wachstum zu sichern, wobei aber das Problem bestehe, den hohen Energieverbrauch auch tatsächlich mittels regenerativer Energien abdecken zu können: »Unter den aktuellen technischen Voraussetzungen bedeutet Energiewende Schrumpfung statt Wachstum«, so die Einschätzung von Schick. Tatsächlich prognostizieren Institutionen wie die sich vor allem aus Ländern des globalen Nordens konstituierende Internationale Energieagentur (IEA) zwar einen stetig steigenden Anteil von regenerativen Energien in der weltweiten Versorgung, allerdings würde dies aufgrund des global ansteigenden Energiebedarfs, vor allem in den »Entwicklungsländern«, nicht zu einer Reduktion des Bedarfs an fossilen Energien führen. Vor diesem Hintergrund sieht Schick die Notwendigkeit, rechte Antworten auf die energetisch bedingte »systemimmanente Instabilität des Liberalismus« zu bieten. In welche Richtung diese gehen könnten, bleibt allerdings vage. Eine grundsätzliche Ablehnung regenerativer Energien, wie sie in anderen Magazinen deutlich zum Ausdruck kommt, findet sich in der Sezession in dieser Deutlichkeit nicht.

Auch in **Recherche D** werden entsprechende Zweifel laut, dass der von der Bundesregierung angestrebte Anteil erneuerbarer Energien von 80 Prozent (laut Recherche D) bis zum Jahr 2040 auch nur annähernd realistisch sei.⁸ Den Grund für den global hohen Energiebedarf sieht Recherche D vor allem in der demographischen Entwicklung: »Vom ökologischen Standpunkt aus betrachtet, ist die Bevölkerungszunahme verheerend. Mehr Menschen bedeuten beinahe automatisch mehr Umweltverschmutzung.« (1/2018) Dass der steigende Energieverbrauch auch durch Technisierung entsteht, so seien nach Angaben der IEA allein 20 Prozent des weltweiten Anstiegs durch chinesische Elektromotoren bedingt⁹, fällt dabei unter den Tisch. Der Connex von Demographie und Umweltverschmutzung ist im rechten Öko-Diskurs weit verbreitet. So wird in der jüngsten Ausgabe der Umwelt und Aktiv konstatiert, dass die »wahre Ursache« einer nicht zu schaffenden Nachhaltigkeit die »Bevölkerungsexplosion« in »uns kulturfremden Ländern« sei. (1/2019) Die eigentliche ökologische Katastrophe gehe demnach vom globalen Süden aus.

Von einem progressiven Standpunkt aus betrachtet sind globale ökologische Perspektiven nur durch »Umverteilung von in den Industriestaaten akkumulierte[m] Reichtum und dadurch Senkung von Lebensstandards der dortigen Mittel- und Oberschicht« umsetzbar, wie Felix Riedel in seinem Artikel »Rassismus und Klimawandel« für die Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) der Naturfreundejugend betont. Denn sonst würde ein gerechter Zugang aller Menschen zu den globalen Produktionsmitteln eine extrem rasche Vernutzung der verbleibenden Schlüsselressourcen und den vollständigen Zusammenbruch der Ökologie bedeuten.¹⁰ »Klimaskeptizismus«, Antiökologie und Flüchtlingsbekämpfung« bilden daher, so Riedel weiter, die Grundlage für einen »äußerst aggressiven Klassenkampf von oben, der gegenwärtige Verteilungsmuster verteidigen wird«. Nicht anders ist auch der Beitrag von Schick zu verstehen, der das Potenzial des Themas für die eigenen politischen Ziele bereits erahnt.



Menschengemachter Klimawandel?

Die **Junge Freiheit** ließ lange nur in Nebensätzen durchscheinen, dass sie bei der aufkommenden Gretchenfrage, ob man den Klimawandel für real oder eine Verschwörungsideologie halte, nicht gedenke mitzumachen. Der Klimawandel wird tendenziell als gesetztes Phänomen betrachtet. Die Frage, ob menschengemacht oder nicht, wird jedoch umgangen, dem Klimaschutz allein als modischem Phänomen kritisch begegnet. Eine »Kritik der Kritik eines menschenverursachten Klimawandels«, so der Untertitel eines langen Artikels von Konrad Adam (27/2018), der der AfD vorwarf, sich von den »Klimaskeptikern« von EIKE e.V. (siehe Kasten) beeinflussen zu lassen, stieß dann aber »in der Leserschaft auf ungewöhnlich lebhaften, vielstimmigen Widerspruch« (29/2018). So geriet die JF in eine Debatte hinein, aus der sie sich herauszuhalten schien. Davon zeugen nicht nur die vielen Leser*innenbriefe in den folgenden Wochen, sondern auch eine schäumende Replik des Pressesprechers von EIKE, Horst-Joachim Lüdecke. In der folgenden Ausgabe heißt es, Adam überschätze seine eigenen Fähigkeiten als Intellektueller, er wisse »nichts von dem, worüber er schreibt«. Zum Sommerloch, dessen Hitzewelle und Dürre für viele Menschen in Deutschland den Klimawandel greifbar werden ließ, titelte Michael Paulwitz auf Seite 1: »Darauf ein kühles Blondes! Die grünen Panikmacher: Waldsterben und Ozonloch kamen und gingen – nun also eine neue ›Heißzeit‹«. (34/18) Der lakonische Zynismus, der den Gefahren von Klimawandel und Umweltzerstörung höchstens scherzhaft zu begegnen weiß, ist für die JF in erster Linie ein Vehikel für migrationsfeind-

Stichwortgeber EIKE e.V.

Beim Thema Klimawandel beziehen sich rechte AutorInnen spektrenübergreifend auf den Verein EIKE e.V. Das »Europäische Institut für Klima und Energie« mit Sitz in Jena hat es sich zum Ziel gemacht, mittels Gutachten, Symposien und Kongressen darzulegen, dass die »Behauptung« eines menschengemachten Klimawandels wissenschaftlich nicht haltbar und deshalb »als Schwindel gegenüber der Bevölkerung«¹³ anzusehen sei. Während die absolute Mehrheit der mit dem Thema befassten Wissenschaftler*innen den Einfluss des CO₂-Ausstosses auf die Erderwärmung als unumstößlich sieht¹⁴ und zum schnellen Handeln auffordert¹⁵, sieht EIKE e.V. keinen Handlungsbedarf und fordert die ersatzlose Streichung des »Erneuerbare Energien-Gesetz« sowie die »Beendigung der Kernenergie-Diskriminierung«.¹⁶ Die Energieversorgung sei gesichert, da die »fossilen und nuklearen Energieressourcen für überschaubare Zeiträume reichen werden«. EIKE e.V. steht damit beispielhaft für die organisierte KlimaleugnerInnenbewegung, die insbesondere in den USA von Unternehmen aus dem Feld der fossilen Energien umfangreich finanziell unterstützt wird.¹⁷ Das Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung (PIK) traf sich im April 2011 mit Vertreter*innen des EIKE e.V. und hat im Ergebnis die vorgebrachten Argumente, etwa zum Einfluss der Sonne auf das Klima dem aktuellen wissenschaftlichen Sachstand gegenübergestellt. Das Papier kann auf der Seite des PIK nachgelesen werden.¹⁸

liche Positionen. Die Forderung nach der Anerkennung der Klimakrise als Fluchtgrund wehrt Paulwitz als »Aberglaube« ab.

Die Ende 2017 veröffentlichte Ausgabe von **Compact-Spezial** »Klimawandel – Fakten gegen Hysterie« ist die bislang intensivste Auseinandersetzung des Magazins mit dem Thema. Auf insgesamt 68 Seiten sollte laut Ankündigung »die Klimakontroverse in ihrer gesamten Komplexität« dargestellt werden und »Protagonisten beider Seiten« zu Wort kommen. Dass Komplexität nicht das Steckenpferd der Redaktion ist, beweist man zum wiederholten Mal eindrucksvoll. Wer für die Reduktion des menschengemachten CO₂-Ausstoßes plädiert, wird als »Klimahysteriker« verunglimpft. Als deren Top 5 macht Compact Barack Obama, Tony Blair, Papst Franziskus, Angela Merkel und Leonardo DiCaprio aus. Demgegenüber stünden »Klimarealisten« wie Vaclav Klaus, Donald Trump, Nicolas Sarkozy, Wladimir Putin und Alice Weidel. Im Heft kommen ausschließlich Autoren zu Wort, die den menschlichen Einfluss auf den Klimawandel anzweifeln bzw. diesen insgesamt in Frage stellen, etwa EIKE e.V. oder der ehemalige Hamburger Umweltsenator Fritz Vahrenholdt (SPD). In den regulären Monatsausgaben spielt der Klimawandel nur eine untergeordnete Rolle. Klimaschutzmaßnahmen werden als wirkmächtiges Politikfeld gegnerischer Parteien, der Wissenschaft, von NGOs und sozialen Bewegungen beschrieben. In für Compact bezeichnender Weise werden entsprechende politische Ansätze als von außen kommende Zwangsmaßnahmen beschrieben, die sich gegen die »souveräne« deutsche Nation richten würden. Als Schuldige gelten transnationale Zusammenhänge wie die EU oder die Vereinten Nationen, beziehungsweise Politiker*innen, die als Handlangende einer internationalen »Klimalobby« ausgemacht werden. Analogien zur immer wieder vorkommenden »Genderlobby« bzw. »Homolobby« sind überdeutlich. Genau wie der Geschlechterforschung wird der Klimaforschung die Wissenschaftlichkeit abgesprochen und als politisch motiviert diskreditiert. Letztlich gelten dem Magazin beide Wissenschaftszweige als dekadente Projekte einer »links-grünen« Elite, die im Gegensatz zu den Interessen der deutschen Bevölkerung agiere. In den Artikeln zum Thema kommt zudem das generelle Politikverständnis von Compact zum tragen: Politik als Geschäft, das in dunklen Hinterzimmern (UN-Weltklimarat, Club of Rome¹¹) betrieben wird.

Auch in **Zuerst!** wird vehement abgestritten, dass der Klimawandel mit dem erhöhten CO₂-Ausstoß in Verbindung zu bringen sei. Bereits Ausgabe 2/2013 hatte das Titel-Thema »Weltklima-Apokalypse – Hat der Mensch Einfluß auf die Erderwärmung?«, hier wurde die Skepsis aber noch zurückhaltend formuliert. Später wird dann zwar zugestanden, dass es eine Erderwärmung gibt. Diese sei aber mit der angeblich erhöhten Strahlkraft der Sonne zu erklären.¹² Es sei daher ein ganz natürlicher Vorgang, Temperaturschwankungen hätte es schließlich immer schon gegeben.

Die **Volk in Bewegung** schafft es einmal mehr, hochpolitische Themen wie den Klimawandel antisemitisch aufzuladen. Das zentrale Narrativ, an welchem sich das Thema aufspannt, ist die Mär einer internationalen jüdischen Verschwörung gegen Deutschland. Diese versuche mit Hilfe der Energie- bzw. Umweltpolitik und den von ihr dominierten Medien ihre finsternen Machenschaften zu treiben. Um sich dem zu erwehren, gibt der ViB-Stammautor Roland

Wuttke zwei Handlungsempfehlungen: Zum einen dürfe den »Systemmedien« in Bezug auf Klimaforschung und Energieversorgung nicht geglaubt werden, zum anderen sei in Bezug auf den Energiesektor eine größtmögliche Unabhängigkeit von anderen Nationen herzustellen. (1/2019) Sowohl der in der ViB artikulierte Antisemitismus als auch die Autarkiebestrebungen stehen in direkter Traditionslinie zum Nationalsozialismus.

Hambacher Forst und Fridays for Future

Es überrascht kaum, dass die sozialen Bewegungen zunächst im Hambacher Forst und schließlich Fridays for Future in den rechten Magazinen keine Unterstützung finden. Viele Artikel zeugen von einer diffamierenden Arroganz; aufgrund breiter und vielfach wohlwollender medialer Rezeption scheinen mitunter auch neidvolle Töne durch. Die Schüler*innen würden für politische Interessen »benutzt«, und hätten darüber hinaus nicht nur keine Ahnung, sondern würden ausschließlich auf die Straße gehen, um die Schule zu schwänzen, heißt es etwa in der Zuerst! Bezugnehmend auf den in Konstanz einstimmig vom Rat der Stadt ausgerufenen »Klimanotstand« werden Erwachsene, die sich mit den Protesten auseinandersetzen als »Gretins« bezeichnet. (6/2019) Wie verhasst der Zuerst! die Klima-Schützer*innen sind, wird am Ende des Artikels deutlich. Dieser schließt mit einem perfiden »praktikablen Vorschlag«: »Aber wir wären ja nicht die Zuerst!, das Magazin der gepflegten Zuversicht, wenn wir nicht einen sinnvollen, praktikablen Vorschlag zur Eindämmung der Epidemie hätten. Nein, liebe Pharma-Lobbyisten, ihr braucht jetzt nicht zu frohlocken, wir meinen kein neues Präparat.

Unser Angebot geht direkt an die Klima-Gretins: Einfach mal richtig lange die Luft anhalten. Das vermindert auch den CO₂-Ausstoß.«

Mehrfach wird die Klimaschutzbewegung mit religiösen Termini belegt. So empört sich Ende März 2019 Matthias Matussek in der **Jungen Freiheit** über das angebliche »Erlösungsversprechen«, das die »neue Zivilreligion« Klimawahn anbiete. (14/2019) Eine moderne Religion, die sich jene selber geben, die nicht mehr an Gott glaubten. Matusseks Kolumne weist beispielhaft einen Vorwurf gegen die progressive Ökologiebewegung auf, die im rechtskonservativen Milieu oft anzutreffen ist: eine Zivilreligion etablieren zu wollen und sich damit gegen die Schöpfung zu versündigen. Ähnlich wie Matussek kann auch Thorsten Hinz seinen Hass auf die Person Greta Thunberg kaum zügeln: »Ein bezopftes Persönchen aus Schweden, eine Mischung aus Pippi Langstrumpf und autistischem Backfisch, ließ aus der Tiefe seines von Karrierebedenken und Zweckrationalismus unverdorbenen Herzens ein beschwörendes Weltrettungspathos entspringen.« (9/2019) Hinz lässt sich an den Symptomen der Asperger-Krankheit aus, um wie Matussek zu schließen, dass die Klimaschutz-Bewegung »die Behandlung der

Klimafrage als Zivilreligion [inszeniere], als die Abfolge von Schuld, Reue, Buße und Aussicht auf Vergebung. Speziell in Deutschland bietet sie die tröstende Ergänzung zur Holocaust-Religion, die jene Aussicht auf Vergebung und Entsöhnung verweigert.« Und Hinz setzt noch eins oben drauf: Die durch die Grünen verkörperte »Abräumung traditioneller Strukturen – Familie, Nation, Geschlecht, Grenzen – eine Tabula-rasa-Situation, in der grüne Nachwuchspolitiker als Rote Khmer denkbar werden.«

Auch **Compact** bedient das in rechten Periodika weit verbreitete Narrativ einer verblendeten Jugend, die sich vor den politischen Karren anderer Spannen lasse. Dass junge Menschen dazu in der Lage sind, kritisch zu denken kommt Compact nicht in den Sinn. Ähnlich wie in der JF wird Greta Thunberg als »Ikone einer postchristlichen Ersatzreligion« (4/2019) und die Bewegung in Analogie zur Hitlerjugend als »Greta-Jugend« verunglimpft. Zu den vermuteten Hinterleuten zählt laut Compact neben bekannten Umweltschutzorganisationen auch – einige ahnen es bereits – George Soros. Die Einflussnahme des jüdischen Investors Soros

wird regelmäßig von extrem rechten Medien hinter so ziemlich jedem progressiven Ansatz vermutet. Die Kritik an der Bewegung nutzt man außerdem auch für die Verbreitung rassistischer Stereotype. So schreibt Elsässer über eine Demonstration der Bewegung am 15. März in Berlin: »Unter den streikenden Schülern waren kaum fremdländische Gesichter zu sehen – wenn, dann am ehesten noch Mädchen. Türkische und arabische Macho-Kids interessieren sich nicht fürs Klima, ihre Väter werden sich auch ihre PS-starken Autos nicht so ohne Weiteres wegnehmen lassen. Das könnte zu Reibungen zwischen Ökologen und Ausländerfreunden führen.« (4/2019)



Kompetenzen in Sachen Klimawandel sieht die Compact ausschließlich bei PolitikerInnen aus dem eigenen Milieu. Faksimile der Compact Spezial zum Thema Klimawandel.

Anlässlich der Auseinandersetzungen um den Hambacher Forst erscheint in **Recherche D** ein Artikel über »Die Deutschen und ihr Wald«. Darin greift der Autor Christian Schumacher auf eine lang gehegte Tradition der nationalen Romantisierung des Waldes zurück. Der Text liest sich inhaltlich so klischeehaft, wie man sich die Rechte manchmal so vorstellt. Sprachlich lädt er zum Nickerchen ein, etwa wenn es in der Aneinanderreihung vieler Hauptsätze heißt: »Wir Deutschen kümmern uns um unseren Wald.« oder »Die Deutschen verbindet wohl mehr mit dem Wald als andere Völker.«, oder »Was wir Deutschen neben dem Wald ebenso sehr lieben wie den Wald, ist Ordnung und Effizienz.« (4/2019) Auch Ellen Kositzka greift in der **Sezession** die Debatte um den Hambacher Forst auf, nicht ohne einen Seitenhieb auf romantisierende Vorstellungen eines »deutschen Waldes«, die sie als »Kitschkonstrukt« bezeichnet. In ihrer üblichen Polemik beschreibt sie Szenen aus dem Hambacher Forst und moniert das medial und auch politisch große Verständnis für die Waldbesetzer*innen, das »jungen engagierten Bürgern« in Dresden und Chemnitz nicht entgegengebracht werde. (86/2018)



1 Für diese Ausgabe haben wir uns die neurechte Sezession, die NPD-Zeitung Deutsche Stimme, das »deutsche Nachrichtenmagazin« Zuerst!, die neonazistische Volk in Bewegung, die Umwelt & Aktiv, die N.S. Heute, das Compact-Magazin von Jürgen Elsässer, die CATO, die Wochenzeitung Junge Freiheit, das Arcadi-Magazin sowie die vergleichsweise neue Zeitschrift Recherche D angeschaut. Während in der CATO sowie in N.S. Heute keine thematisch relevanten Artikel zu finden waren, wird in der jüngsten Ausgabe des Arcadi-Magazins zumindest einmal der Versuch unternommen, über das Thema Ökologie rechte Positionen zu vermitteln. Der Artikel vereint die gängigen Standpunkte, die sich auch in vielen anderen hier rezipierten Magazinen finden lassen, weshalb an dieser Stelle auf eine eingehende Analyse verzichtet wird.

2 Für einen Gesamtüberblick zum Thema bieten sich an: Peter Bierl: Grüne Braune. Umwelt-, Tier- und Heimatschutz von rechts, Münster 2014 sowie oekom (Hrsg.): Ökologie von rechts. Braune Umweltschützer auf Stimmenfang, München 2012. Mit der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) gibt es zudem seit knapp zwei Jahren eine im Präventionsbereich angesiedelte Institution, die zum Thema publiziert und Bildungsarbeit anbietet. www.nf-farn.de

3 Menzel zeichnet außerdem für die als Schülerzeitung gestartete Blaue Narzisse verantwortlich, die mittlerweile nur noch als Webprojekt existiert.

4 Ulrich Linse: »Fundamentalistischer« Heimatschutz. Die »Naturphilosophie« Reinhard Falters, in: Uwe Puschner, G. Ulrich Großmann (Hrsg.): Völkisch und national. Zur Aktualität alter Denkmuster im 21. Jahrhundert, Darmstadt 2009, S. 159–178, hier S. 163.

5 Eine umfangreiche Masterarbeit zur Umwelt und Aktiv findet sich in unserer Bibliothek: »Mutterer« und Vaterland. Die Anknüpfung extrem rechter Ideologie an ökologische Fragen, untersucht in der Zeitschrift »Umwelt und Aktiv«, Freiburg im Breisgau 2019.

6 Vgl. u.a. o.g. Masterarbeit, S. 40–46.

7 Entsprechend fordern NGOs, die sich neben ökologischen Fragen auch den globalpolitischen wirtschaftlichen Zusammenhängen widmen, dass in der Diskussion rund um erneuerbare Energien und Elektrotechnik die sozialen und ökologischen Risiken des Rohstoffabbaus nicht vergessen werden dürfen. Vgl. dazu etwa die Ende 2018 von Brot für die Welt, Misereor e.V. und PowerShift - Verein für eine ökologisch-solidarische Energie- und Weltwirtschaft e.V. gemeinsam herausgegebene Studie »Weniger Autos, mehr globale Gerechtigkeit. Diesel, Benzin, Elektro: Die Antriebstechnik macht noch keine Verkehrswende«. Online auf www.power-shift.de

8 Woher diese Zahl kommt, bleibt offen. Der aktuelle Monitoring-Bericht zur Energiewende des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) (Berichtsjahr 2016) benennt als quantitatives Ziel der Energiewende für das Jahr 2040 einen Anteil erneuerbarer Energien beim Bruttoendenergieverbrauch von 45 Prozent und beim Bruttostromverbrauch von mindestens 65 Prozent. Als derzeit realisierten Anteil erneuerbarer Energien an der Bruttostromerzeugung (2018) nennt das BMWi

37,8 Prozent, davon knapp 50 Prozent Windenergie. Mit dem sogenannten »Kohle-Kompromiss« wurde mittlerweile das Ende der Nutzung von Kohle als Energieträger bis 2038 beschlossen. Dieser wird begleitet von Milliardenhilfen für die betroffenen Regionen, um den Strukturwandel abzufedern. Das Gesetzgebungsverfahren steht allerdings noch aus. Insbesondere aus der CDU regt sich durch einzelne Bundestagsabgeordnete derzeit Widerstand gegen die Pläne, die von der Kohlekommission erarbeitet und Ende Januar 2019 vorgelegt wurden.

9 Vgl. IEA (Hrsg.) World Energy outlook 2018, summary, S. 3.

10 Felix Riedel: Rassismus und Klimawandel, in: Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (Hrsg.): Aspekte gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Natur- und Umweltschutz, eine Diskussion, Berlin 2019, S. 23. Online auf www.nf-farn.de

11 Die 1968 gegründete Organisation Club of Rome ist ein Zusammenschluss von Expert*innen aus mehr als 30 Ländern. Bekannt wurde der Club durch seinen 1972 veröffentlichten Bericht »Die Grenzen des Wachstums«, in dem die Autor*innen davor warnten, dass bei einer weiteren »Zunahme der Weltbevölkerung, der Industrialisierung, der Umweltverschmutzung, der Nahrungsmittelproduktion und der Ausbeutung von natürlichen Rohstoffen« die »absoluten Wachstumsgrenzen auf der Erde im Laufe der nächsten hundert Jahre erreicht« sein würden. Aktuell plädiert der Club of Rome dafür, dass mehr privates Kapital in Unternehmen fließt, die nach dem Pariser Klimavertrag bzw. den UN-Entwicklungszielen handeln. (Vgl. dazu wikipedia.org/Club_of_Rome)

12 Diese These findet sich mitunter auch in anderen Magazinen. Entsprechende Studien stellen nach Darlegung des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) jedoch eine absolute Minderheitenmeinung dar. Vielmehr habe die Sonnenaktivität seit den 1980er Jahren messbar abgenommen, während »die globalen Mitteltemperaturen seither besonders gestiegen sind«. Vgl. https://www.pik-potsdam.de/services/infothek/PIK_EIKE_Argumentesammlung.pdf

13 Vgl. Homepage des EIKE e.V., Über uns.

14 Einige relevante Untersuchungen zur Perspektive der Wissenschaft auf die Erderwärmung sind etwa Cook et. al: Quantifying the consensus on anthropogenic global warming in the scientific literature (2013) oder Doran/Zimmerman: Examining the Scientific Consensus on Climate Change (2011).

15 Beispielhaft dafür Prof. Bjorn Stevens vom Max-Planck-Institut für Meteorologie in der Sendung monitor (WDR) vom 16.08.2018

16 Vgl. Homepage des EIKE e.V., Grundsatzpapier Energie

17 Vgl. Sendung monitor (WDR) vom 16.08.2018; Klimawandel und Sommerhitze: Die Gegner machen mobil.

18 Vgl. Homepage des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) unter: https://www.pik-potsdam.de/services/infothek/PIK_EIKE_Argumentesammlung.pdf

Antifa heißt Primärquellen lesen!

antifaschistisches
pressearchiv und
bildungszentrum berlin (apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin
☎ 030. 6 11 62 49
✉ mail@apabiz.de
🌐 www.apabiz.de

Foto: Barbara Dietel | dietel.de

magazine no. 4, juli 2019

Eine Publikation des apabiz e.V.

Autor*innen: Kilian Behrens, Vera Henßler, Ulli Jentsch, Jessica Kieck, Frank Metzger, Eike Sanders, Patrick Schwarz

Titelbild: Chris Wiedenhoff | Pixabay

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V. | Lausitzerstr. 10 | 10999 Berlin

Geöffnet Donnerstag von 15 bis 19 Uhr und nach Absprache

V.i.S.d.P.: C. Schulze

IBAN: DE30 1002 0500 0003 3208 00 | Bank für Sozialwirtschaft

Wir danken unseren Kolleg*innen und Fördermitgliedern, die diese Publikation möglich gemacht haben.

be **Berlin**

Senatsverwaltung
für Justiz, Verbraucherschutz
und Antidiskriminierung

Demokratie.
Vielfalt. Respekt.
in Berlin.

Das Landesprogramm